

„Soziale Politik stärkt die Kommunen“

Caritas veröffentlicht im Kommunalwahlkampf sozialpolitische Forderungen, die auch richtungsweisend für die neue Wahlperiode sind

Mit sozialpolitischen Forderungen hat sich die Caritas in NRW in den zurückliegenden Kommunalwahlkampf eingemischt. Eine sozial gerechte Kommunalpolitik muss sich leiten lassen von der Zielsetzung, im lokalen Umfeld allen Menschen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, heißt es in einem Positionspapier mit sozialpolitischen Forderungen zur Kommunalwahl, das die Direktoren der fünf Diözesan-Caritasverbände in NRW beschlossen hatten. Das Positionspapier benennt Anforderungen an eine soziale Kommunalpolitik für die kommenden Jahre.

Der Zugang zu den materiellen, kulturellen und sozialen Möglichkeiten der Gesellschaft müsse allen Bürgerinnen und Bürgern gleichberechtigt zur Verfügung stehen. „Als Caritas wissen wir, dass Nordrhein-Westfalen von diesem Ziel noch weit entfernt ist“, heißt es wörtlich. Daher setzt die Caritas sich ein für mehr Teilhabe derjenigen Menschen, die von sozialer Ausgrenzung und Benachteiligung bedroht sind.

Ein Ausschluss einzelner Personen oder ganzer Gruppen von materiellen, kulturellen und sozialen Möglichkeiten führt zur Spaltung der Gesellschaft. Aufgabe einer sozial gerechten Kommunalpolitik muss es

daher sein, Möglichkeiten für mehr Teilhabe zu schaffen, damit Menschen selbstständig und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Deshalb fordert die Caritas:

- ▶ eine zukunftsorientierte Bildung für alle Kinder von Anfang an
- ▶ Teilhabe bei Krankheit und im Alter
- ▶ Teilhabe für Menschen mit Behinderung
- ▶ Teilhabe für Ausgegrenzte und Benachteiligte
- ▶ Förderung von Solidarität und bürgerschaftlichem Engagement

Die Konkretisierung dieser Forderungen erfolgt in dem Positionspapier, das auf der Homepage der Caritas in NRW veröffentlicht wurde. Darin wird deutlich, was eine sozial gerechte Kommunalpolitik leisten kann und muss, um Menschen in die Lage zu versetzen, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

Natürlich weiß sich die Caritas in der aktuellen wirtschaftlichen Situation in einer besonderen Verantwortung: Durch die Folgen der Wirtschaftskrise werden Ausgrenzung und Benachteiligung verstärkt und wird Teilhabe gefährdet. Gleichzeitig schwinden die Ressourcen zur Förderung einer sozial gerechten Zukunft. Umso wichtiger sind die Perspektiven für starke Kommunen mit einer starken Sozialpolitik. ◀

M. L.

Das Positionspapier finden Sie unter www.caritas-nrw.de (Aktuelles/Positionen)

Kleine Münze – große Hilfe

Caritas sammelt Geld aus aller Welt

Die Deutschen gelten als Weltmeister im Reisen, und trotz der Wirtschaftskrise hält auch der Trend an, in ferne Länder zu reisen. Nach dem Urlaub schlummern in so manchem Portmonee restliche Dollar, Yen, Pfund oder Kronen, die dann oft in irgendwelchen Schubladen verschwinden. Doch damit lässt sich auch Gutes tun. Die Caritas in NRW sammelt jetzt „fremdes und altes Geld für neue Hilfe“.

Rund 5500 Sammeldosen aus transparentem Hartplastik haben die NRW-Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Münster und Paderborn sowie die Verbände aus Trier und Berlin aufgestellt. Unter dem Motto „kleine Münze – große Hilfe“ werden in Altenheimen, Krankenhäusern, Beratungs- und Dienststellen der Caritas, in Kindertagesstätten, Pfarreien, Arztpraxen und Apotheken Urlaubsmünzen und -scheine sowie Restbestände an D-Mark gesammelt. Die vollen Dosen öffnet eine professionelle Währungs-Umtauschfirma aus Geilenkirchen (bei Aachen), die die Erlöse mit geringem Abschlag überweist und die Dosen recycelt. Der Erlös hilft Menschen in Not. ◀

„Caritas in NRW – AKTUELL“ ist der Informationsdienst der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn.

Er erscheint sechsmal im Jahr.

Zu bestellen bei:

Caritas in NRW

Redaktion

Lindenstraße 178

40233 Düsseldorf

Telefon: 02 11/51 60 66 20

Telefax: 02 11/51 60 66 25

E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de

Bestellungen auch über die Pressestellen der nordrhein-westfälischen Diözesan-Caritasverbände.

ISSN 1611-3527



Lebenschancen ungleich verteilt

Bürgerbewegung gegen Sozialkürzungen in verschuldeten Kommunen

Ein Kommentar von Frank Johannes Hensel

Sage mir, wo du aufwächst, und ich sage dir, ob deine Eltern sich den Kindergartenbeitrag leisten können. Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst. Deshalb fordert die Caritas eine engagierte und wirksame landespolitische Steuerung zugunsten von gleichen Lebenschancen für die Menschen in NRW.

„Bündnis für Remscheid“; „Wuppertal wehrt sich“ – die Bürgerinnen und Bürger im Bergischen Land machen mobil. Gemeinsam mit Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Vereinen und Initiativen sammeln sie Unterschriften für die Zukunft ihrer Kommunen. Beide Städte sind seit Jahren hoch verschuldet. Im Verfahren der Haushaltssicherung drohen wichtige soziale Projekte kaputtgespart zu werden: Mittagessen für bedürftige Kinder, Fahrten für Behinderte, Zuschüsse für Sportvereine und Kulturinitiativen. Was bleibt ihnen übrig, den Bürgerinnen und Bürgern von Remscheid, Wuppertal und anderswo, wenn Kindergartenbeiträge steigen, Schwimmbäder und Turnhallen geschlossen und ohnehin schon sanierungsbedürftige Schulen noch seltener geputzt werden?

Keine Frage: Vor allem arme Menschen mit geringem Einkommen, aber auch Ältere, Alleinerziehende und Menschen mit Behinderungen leiden besonders unter solcher Sparpolitik. Sie sind weder mobil noch finanzkräftig genug, um der sozialen Misere vor Ort zu entfliehen und einfach „auszupendeln“.

Es ist schon paradox: Während es NRW wohlhabenden Kommunen möglich ist, ihre Bürgerinnen und Bürger mit sogenannten „freiwilligen“ Leistungen noch relativ gut zu versorgen, dürfen arme Kommunen mit hohen Arbeitslosenquoten keine „freiwilligen“ Vergünstigungen gewähren. Stattdessen müssen sie um die Existenz wichtiger sozialer Dienste kämpfen, etwa der Sozialkaufhäuser oder der Sucht- und Schuldnerberatung.

Diese Entwicklung ist nicht schicksalhaft. Landes- und bundespolitische Entscheidungen der letzten Jahre und Jahrzehnte haben zur zunehmenden Zerklüftung der sozialen Landschaft beigetragen. Der Verzicht auf landesweit einheitlich geregelte Elternbeiträge für Kindertagesstätten und das bis 2006 zugunsten strukturschwacher

Gebiete wirksame Elternbeitragsdefizit-ausgleichsverfahren in NRW sind Beispiele. Heute können arme Kommunen in der Haushaltssicherung gezwungen werden, den Elternbeitrag für die Kita zu erhöhen, bis der im Kinderbildungsgesetz verankerte Anteil von 19 Prozent der Gesamtkosten erreicht ist. Wohlhabende Kommunen dagegen gleichen den Eltern-Anteil mitunter einfach aus dem besser gefüllten Stadtsäckel aus. Die Folge: Während in Düsseldorf alle (!) Eltern ihre Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt kostenlos (!) in die Kita schicken können, müssen Eltern in Wuppertal schon ab einem Jahreseinkommen von 12 500 Euro für 35 Stunden Kita-Betreuung monatlich 27 Euro zuzahlen, also 324 Euro jährlich, also fast 2,6 Prozent ihres Einkommens. Eine sozial- und bildungspolitische Schiefelage ersten Grades!

Die Daseinsvorsorge und damit die Sicherung einer bedarfsgerechten sozialen Infrastruktur vor Ort obliegen den Kommunen. Das SGB II etwa fordert von den Kommunen die Sicherstellung von Eingliederungsleistungen wie Sucht- und Schuldnerberatung für erwerbsfähige Arbeitsuchende. Aber die Daseinsvorsorge gilt allen Bürgern in allen Kommunen. Deshalb sind Versuche, soziale Angebote für nicht Nichterwerbsfähige zu „freiwilligen Leistungen“ umzumünzen, damit sie letztlich reduziert oder von der Kommunalaufsicht gestrichen werden können, nicht akzeptabel.

Bund und Land müssen jetzt ihre überregionale Steuerungsverantwortung für vergleichbare Lebensverhältnisse und damit gleiche Lebenschancen für die Menschen neu verantwortungsvoll wahrnehmen. Auf der Homepage des Innenministeriums des Landes NRW ist zu lesen: „Gemeinden und Gemeindeverbände brauchen für ihr Handeln zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger und als Grundvoraussetzung der kommunalen Selbstverwaltung eine aufgabenadäquate Finanzausstattung.“ Richtig! Ideen,

wie Bund und Land durch klare politische Weichenstellungen zur aufgabenadäquaten Finanzausstattung der Kommunen beitragen könnten, sind nachzulesen in den Petitionen der regionalen Bündnisse in Remscheid und Wuppertal:

- ▶ vollständige Gegenfinanzierung der von Bund und Land verursachten Leistungsverpflichtungen der Kommunen
- ▶ Ablösung der Altschulden hoch verschuldeter Kommunen, z. B. durch einen Landesfonds
- ▶ Ermöglichung der Einstellung von kreditfinanzierten Zahlungen hoch verschuldeter Kommunen an den Fonds Deutsche Einheit ◀

Infos unter: www.buendnis-fuer-remscheid.de und www.wuppertal-wehrt-sich.de

Dr. Frank Joh. Hensel ist Direktor des Diözesan-Caritasverbandes für das Erzbistum Köln.

Kinderarmut bekämpfen

Die seit Juli geltenden Regelsatzerhöhungen für Kinder gehen in die richtige Richtung, greifen aber nach Auffassung der Caritas im Ruhrbistum zu kurz.

„Die Bekämpfung der Kinderarmut ist die zentrale Herausforderung unserer Gesellschaft“, betonte der Direktor des Caritasverbandes für das Bistum Essen, Andreas Meiwes.

Nötig sei ein Zusammenspiel aller politisch Verantwortlichen, um nachhaltig die materielle Situation und die Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern aus armen Familien zu stärken. Nur so sei es möglich, die Gefahr der sozialen Vererbung von Armut zu durchbrechen.

„Wir begrüßen, dass ab Juli eine neue Stufe für sechs- bis 13-jährige Kinder eingeführt wird, die endlich den höheren Bedarf von Schulkindern anerkennt. Doch nach wie vor fehlt die eigenständige Berechnung von Kinderregelsätzen für alle Altersgruppen, die sich an den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen orientieren“, sagte Meiwes. Die Berechnungen der Caritas zeigten, dass die Regelsätze für Kinder deutlich angehoben werden müssten, um bedarfsdeckend zu sein. ◀

cde

Spendenrekord für LICHTBLICKE

Oberhausen – Einen neuen Spendenrekord hat die Aktion LICHTBLICKE erreicht. Mehr als drei Millionen Euro waren bis zum Sommer für Kinder und Familien in NRW in Not gespendet worden. Damit lag der Spendeneingang bereits zwei Monate vor Ende des Geschäftsjahres mehr als 120 000 Euro über dem Abschluss des Vorjahres. Das Ergebnis zeige, dass „gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Solidarität mit den Schwächeren in unserer Gesellschaft besonders hoch ist“, sagte die Schirmherrin Angelika Rüttgers. Die Aktion LICHTBLICKE ist die gemeinsame Aktion der 45 Lokalradios in NRW sowie der kirchlichen Hilfswerke Diakonie und Caritas. ◀

Ehrung für Krankenhäuser

Düsseldorf – Das St.-Marien-Hospital in Lünen und das St.-Antonius-Hospital in Kleve haben als einzige katholische Krankenhäuser eine Auszeichnung für ihr Engagement in der Organspende erhalten. Die Ehrung nahm Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) gemeinsam mit der Deutschen Stiftung Organtransplantation (DSO)/Region NRW vor. Ge-

würdigt wurden damit die Unterstützung der Transplantationsbeauftragten durch die Klinikleitungen, die Fortbildung des Personals sowie die Erarbeitung von Leitlinien und Verfahrensschritten für den Akutfall Organspende. Laumann verwies darauf, dass 2008 die Organspenderzahlen in NRW – gegen den bundesweiten Trend – bereits zum vierten Mal in Folge gesteigert werden konnten. Insgesamt wurden neun Krankenhäuser ausgezeichnet. ◀

Neue Initiative zum Bleiberecht

Münster – Auf eine fraktionsübergreifende Initiative für eine schnelle Verlängerung der Bleiberechtsregelung haben sich die beiden Münsteraner Bundestagsabgeordneten Ruprecht Polenz (CDU) und Christoph Strässer (SPD) auf einer Caritas-Fachtagung geeinigt. Sie wollen kurzfristig erreichen, dass der Bundestag in einer der beiden letzten Plenarsitzungen über die Verschiebung der Auslaufzeit der Bleiberechtsregelung um ein Jahr zum Jahresende 2010 entscheidet. Selbst wenn der Punkt nicht mehr auf die Tagesordnung komme, so die Hoffnung, werde damit mindestens ein Signal für den Beginn der nächsten Legislaturperi-

ode gegeben. Unterstützung erhielten sie vom Bündnisgrünen Winnie Nachtwei, skeptisch zeigte sich wegen der Kürze der Zeit Daniel Bahr (FDP). Einig waren sich jedoch alle Beteiligten, dass es nun wichtig sei, Zeit zu gewinnen, damit die betroffenen Familien nicht in die Kettenuldung und damit in die Perspektivlosigkeit zurückfallen. ◀

Neuer Vorstand KLAG Sucht

Paderborn – Die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Sucht (KLAGS) hat einen neuen Vorstand: Die Mitgliederversammlung wählte jetzt in Dortmund den Paderborner Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig zum neuen Vorsitzenden. Stellvertreter ist Rudolf Gattwinkel, Vorsitzender des Kreuzbund-Diözesanverbandes Paderborn. Beide benannten Winfried Kersting, Referent für Suchtkrankenhilfe im Diözesan-Caritasverband Paderborn, zum Geschäftsführer. Mitgliedsverbände der KLAGS sind die fünf nordrhein-westfälischen Diözesan-Caritasverbände und die fünf Kreuzbund-Diözesanverbände. Gaststatus hat die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW. ◀ cpd

Großes Echo auf Ethikrat-Empfehlung zur Sondenernährung

Paderborn – Ein großes Echo ausgelöst haben die Empfehlungen des diözesanen Ethikrates in Paderborn zur Sondenernährung bei Demenzkranken. Zahlreiche Anfragen aus Einrichtungen auch über die Bistumsgrenzen hinweg gingen beim Caritasverband für das Erzbistum Paderborn ein. In der Empfehlung geht es um die Frage, ob und unter welchen Umständen Patienten mit fortgeschrittener Demenz über eine Magensonde (PEG) ernährt werden sollen. Wie bei allen anderen zum Tode führenden Erkrankungen, heißt es dort, sollten sich auch im Endstadium der Demenzerkrankung die ärztlichen und pflege-

rischen Eingriffe am Leitbild des „natürlichen Todes“ orientieren. Der Einsatz einer PEG-Sonde sei „ein moralisch und rechtlich rechenschaftspflichtiger Akt“. Der bewusste Verzicht auf den Einsatz der PEG-Sonde stelle in der Endphase der Demenzerkrankung unter bestimmten Voraussetzungen „kein moralisch unzulässiges Verhungern- oder Verdurstlassen des Patienten dar“, stellt der Ethikrat klar. ◀

Die Empfehlung des Ethikrates finden Sie unter www.caritas-nrw.de unter der Rubrik Aktuelles/Positionen zum Download.

Impressum

Caritas in NRW – AKTUELL

Lindenstraße 178, 40233 Düsseldorf,
Tel.: 02 11/51 60 66 20, Fax: 02 11/51 60 66 25;
E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de,
Web: www.caritas-nrw.de

Herausgeber:

Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn, vertreten durch Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes, Essen

Chefredakteur: Markus Lahrmann

Abo-Fragen:

Monika Heinemann,
Tel.: 02 11/51 60 66 20,
E-Mail: vertrieb@caritas-nrw.de
Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Anzeigenverwaltung:

Bonifatius GmbH
Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,
Karl Wegener, Tel.: 05251/153-220;
E-Mail: karl.wegener@bonifatius.de

ISSN 1611-3527

„Familien stärken heißt Armut vorbeugen“

Caritas warnt vor Aushöhlung der Familienpflege

Vor einer weiteren Aushöhlung der Familienpflege durch das Land Nordrhein-Westfalen warnt die Caritas in NRW. Derzeit seien besonders die sogenannten Koordinierungsstellen für die Familienpflegedienste vom Aus bedroht, sagte der Münsteraner Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann auf einer Fachtagung in Köln.

„Seit 2003 ist die Landesförderung für diesen Bereich bereits um 40 Prozent zurückgefahren worden, die komplette Streichung ist angedroht worden“, klagte Kessmann. Gerade diese Koordinierungsstellen erschlossen und entwickelten aber neue wirksame und aufsuchende Hilfsangebote für Familien in Armut oder in prekären Lebenslagen. Ein Beispiel sei das inzwischen erprobte Haushaltsorganisationstraining.

„Wir beobachten, dass es zunehmend junge Familien gibt, denen die Kompetenz zur Haushaltsführung und Verwaltung des Haushaltsgeldes fehlt“, sagte Kessmann. Ein aktuelles Problem sei das rapide Anwachsen von Armut vor allem bei Alleinerziehenden und kinderreichen Familien. Hier

seien manchmal verschiedene Ansätze von Unterstützung und Hilfe notwendig, damit Versorgung und Erziehung der Kinder verantwortungsvoll geleistet werden könnten.

„Familienpflegerinnen sind fachlich ausgebildet, um hauswirtschaftliche, pflegerische und erzieherische Hilfen zu leisten“, betonte der Caritasdirektor. Sie seien damit das einzige aufsuchende Hilfsangebot für Familien an der Schnittstelle von Gesundheitshilfe und Jugendhilfe. Im Jahr 2008 wurden landesweit 10000 Einsatzanfragen bei den Koordinierungs- und Einsatzstellen verzeichnet. „Es ist wirklich nicht nachvollziehbar, warum man in diesem Bereich weiter sparen will, wenn man gleichzeitig immer betont, dass NRW zum kinder- und familienfreund-

lichsten Bundesland werden solle“, unterstrich Kessmann. Familien bräuchten „Zeit, Geld und Infrastruktur“, sagte Kessmann unter Hinweis auf den jüngsten Familienbericht der Bundesregierung. Das müsste auch der NRW-Landesregierung bekannt sein. Familienpflegerinnen helfen und unterstützen im Haushalt zum Beispiel bei akuten, psychischen oder lebensbedrohlichen Erkrankungen der Mutter (oder des „haushaltsführenden Elternteils“). Sie versorgen die Kinder und betreuen sie auch päd-

agogisch, sie organisieren den Haushalt und helfen bei der Tagesstrukturierung – je nach Bedarf stundenweise.

Zunehmend werden Familienpflegerinnen auch tätig durch Anleitung, Beratung und Training von Familienmitgliedern. Ihnen gelingt es besser, bildungsferne und von Armut betroffene Familien bei Überforderung und fehlender Haushaltsführungskompetenz zu erreichen, als herkömmlichen Bildungsanbietern. Modellhaft erprobt und fachlich und methodisch besonders wirksam ist das sogenannte Haushaltsorganisationstraining. Dabei werden Eltern nachhaltig befähigt, die Versorgung ihrer Kinder und die Organisation ihres Haushaltes bis zur Verwaltung ökonomischer Ressourcen wieder eigenständig zu bewältigen.

Die gemeinsame Fachtagung der fünf Diözesan-Caritasverbände in NRW in Kooperation mit AWO, Diakonie und Paritätischem Wohlfahrtsverband in Köln hatte zahlreiche weitere Netzwerkprojekte und zukunftsorientierte Arbeitsansätze der Koordinierungsstellen Familienpflege in NRW vorgestellt. ◀ M. L.

Neuer Vorsitzender

Der Paderborner Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig ist neuer Vorsitzender des Landesausschusses des Müttergenesungswerkes in Nordrhein-Westfalen. Diese Entscheidung traf jetzt die Mitgliederversammlung der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Dortmund. Lüttig tritt damit die Nachfolge von Heinz-Josef Kessmann, Direktor des Diözesan-Caritasverbandes Münster, an.

Kessmann hatte dieses Amt seit März 2000 inne. Zum Müttergenesungswerk in NRW gehören 215 Beratungsstellen und sechs Mutter-Kind-Kliniken. Im Jahr 2008 wurden vom Müttergenesungswerk in NRW 25 360 Frauen beraten. 10 786 Mütter mit 16 778 Kindern traten eine stationäre Vorsorge- oder Reha-Maßnahme für Mütter und Kinder an.

Die Aufgabe des Fachausschusses ist die Weiterentwicklung gemeinsamer Konzeptionen, die Organisation der jährlichen Haus- und Straßensammlungen sowie die Koordinierung der Verhandlungen mit den Kostenträgern und die Organisation von Fachtagungen. ◀ cpd

Licht und Schatten

Nach einem Jahr fällt die Bilanz des KiBiz zwiespältig aus

Von Heinz-Josef Kessmann

Mit Beginn des neuen Kindergartenjahres am 1. August feiert das Kinderbildungsgesetz in Nordrhein-Westfalen seinen ersten Geburtstag. Dass der zuständige Minister Armin Laschet das Gesetz und seine Auswirkungen aus diesem Anlass kräftig lobt, darf nicht verwundern – genauso wenig wie die deutliche Kritik der Oppositionsparteien. Bewertet man die Erfahrungen mit dem neuen Gesetz losgelöst von solchen parteipolitischen Voreingenommenheiten, so findet man sowohl Licht als auch Schatten.

Die größte Veränderung, die mit dem Gesetz einhergeht, resultiert aus der Tatsache, dass der tatsächliche Betreuungsbedarf der Eltern eine wesentlich größere Rolle als in der Vergangenheit spielt. Das hat sowohl zu einem erheblichen Ausbau der Plätze für unter dreijährige Kinder als auch zu durchschnittlich längeren Betreuungszeiten geführt. Auch wenn eine solche Entwicklung je nach weltanschaulicher Position sicherlich differenziert bewertet wird, stellt die Zunahme von Betreuungs- und Förderungsmöglichkeiten gerade für Kinder aus benachteiligten Familien eine deutliche Verbesserung dar. Auch hat die Zunahme des Betreuungsumfangs den Rückgang der Kinderzahlen aufgrund der demografischen Entwicklung überkompensiert, sodass – anders als ursprünglich befürchtet – keine Gruppen geschlossen und Mitarbeiterinnen entlassen werden mussten. Ganz im Gegenteil ist im Durchschnitt sogar von einer verbesserten Beschäftigungssituation auszugehen. Entgegen anders lautenden Behauptungen ist auch die Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse nicht angestiegen. Sorgen bereitet dagegen die räumliche Situation in vielen Tageseinrichtungen. Häufig fehlen die notwendigen Voraussetzungen für eine altersgerechte Betreuung gerade der unter dreijährigen Kinder; das entsprechende Investitionsprogramm aus Bundesmitteln ist angesichts der enormen Platzzahlsteigerung wesentlich zu spät angelaufen.

Hinsichtlich des Ziels des Ausbaus der Betreuungsangebote und der Schaffung zusätzlicher Plätze für unter dreijährige Kinder kann das Gesetz also erste Erfolge verbuchen. Dies gilt nicht für das Ziel der Verwaltungsvereinfachung, das durch die Einführung der pauschalierten Landeszuweisung erreicht werden sollte. Immer neue Regelungen und Verfahrensanweisungen haben – so ist der Eindruck – den bürokratischen

Aufwand sogar weiter erhöht. Das liegt nicht zuletzt daran, dass der Übergang von einem zum anderen Gesetz nicht gestaltet wurde. Es fehlten die von der Freien Wohlfahrtspflege mehrfach geforderten Übergangsregelungen, Klarstellungen kamen viel zu spät, und Verwaltungs- und Abrechnungsprogramme stehen teilweise bis heute nicht zur Verfügung. Besonders kritisch hat sich das Fehlen entsprechender Regelungen bei den notwendigen Fortbildungsprogrammen für die Erzieherinnen ausgewirkt; dies führte zu erheblichen Verunsicherungen und Ängsten bei den betroffenen Mitarbeiterinnen.

Soziale Brennpunkte unterfinanziert

Häufig diskutiert wurde im Zusammenhang mit dem Kinderbildungsgesetz die neue Finanzierungsform – das System der Kindpauschalen. Durch dieses System ist sichergestellt, dass nur die tatsächlich gebuchten Plätze auch durch das Land und die Kommunen finanziert werden – das finanzielle Risiko ist damit weitgehend auf die Träger verlagert worden. Angesichts des gestiegenen Betreuungsumfangs haben sich daraus im abgelaufenen Jahr keine Probleme ergeben. Es wird abzuwarten bleiben, wie sich

dieses Risiko in den nächsten Jahren entwickelt. Die Pauschalen selbst haben sich im Großen und Ganzen als auskömmlich erwiesen. Nicht ausreichend ist jedoch die Finanzierung in sozialen Brennpunkten und in kleinen, in der Regel eingruppigen Einrichtungen, die zum Beispiel über zusätzliches Personal verfügen.

Ausgleich der Tarifsteigerung

Große Probleme für alle Träger bedeuten die jetzt festgelegten Erhöhungen der kommunalen Entgelttarife für Erzieherinnen, da auch die übrigen Träger sicherlich in absehbarer Zeit nachziehen müssen, um im Wettbewerb um Fachkräfte mithalten zu können. Die vorgesehene Erhöhung der Pauschalen um 1,5 Prozent wird nicht ausreichen, diese Tarifsteigerung zu finanzieren, da ja auch bereits die letzte Tarifsteigerung nicht vollständig ausgeglichen wurde. Aus diesem Grunde muss dringend eine Erhöhung der Pauschalen zum Ausgleich der Tarifsteigerung erfolgen, anderenfalls kommt es zu Stundenkürzungen und zum Abbau von Qualität in der Betreuung. Eine solche Entwicklung stünde im eklatanten Gegensatz zum erklärten Ziel des Landesministeriums, mit dem neuen Kinderbildungsgesetz auch die Qualität der Bildungsarbeit in den Tageseinrichtungen zu stärken. Dies wäre umso bedauerlicher, da angesichts all der vielen verwaltungstechnischen Probleme bei der Gesetzesumstellung die Frage der Qualität der geleisteten Arbeit noch nicht im Mittelpunkt des (politischen) Interesses stand. ◀

Heinz-Josef Kessmann ist Direktor des Caritasverbandes für die Diözese Münster.



Ein Jahr KiBiz in der Praxis: Im Caritas-Familienzentrum St. Antonius in Krefeld erhielt Familien-Staatssekretärin Marion Gierden-Jülich (CDU) wichtige Anregungen von Caritas-Geschäftsführer Hans-Georg Liegener, Einrichtungsleiterin Diana Kerner und Sachgebietsleiter Wolfgang Bach (v. r.).

Caritas dankt dem Papst für klare Worte in der Wirtschaftskrise

Papst Benedikt XVI. hat in der neuen Enzyklika „Caritas in veritate“ die Frage der sozialen Gerechtigkeit in den Mittelpunkt gestellt. Der Papst erinnert in der Zeit einer weltweiten Wirtschaftskrise mit deutlichen Worten an das, was im Zentrum allen Handelns stehen muss: die Achtung der Menschenwürde und die Anerkennung der wirklichen Bedürfnisse aller, die auf dieser Welt zu Hause sind. Die Wirtschaftskrise führt zu neuer Armut und verstärkt die bestehende Armut in vielen Ländern.

Dagegen weist der Papst mit Nachdruck darauf hin, dass sich alle Maßnahmen gegen die Krise daran ausrichten müssen, die Wirtschaftssysteme gerechter und ökologisch nachhaltiger zu gestalten. Das Recht aller Menschen auf selbstbestimmte Teilhabe am Wirtschaftsleben muss umgesetzt werden. Caritas-Präsident Peter Neher dankte dem Papst für die „klaren Worte“.

Gerade der Kirche komme in einer Zeit, in der der Zusammenbruch der weltweiten Finanzmärkte die Menschen stark verunsichere, eine besondere Bedeutung zu. „Der über das menschliche Handeln und Verstehen hinausweisende Glauben an den einen Gott kann dazu beitragen,

wieder das richtige Maß zu finden. Der Papst zeigt in dieser großen Enzyklika, wie ein Ausweg aus der Krise aussehen könnte“, betonte Neher.

Es handele sich dabei nicht um einen neuen Finanzplan oder wirtschaftliche Rezepte. Vielmehr werde deutlich, dass diese Krise auch eine Hoffnung brauche, die größer und glaubwürdiger sei als alle Markt- oder Wirtschaftstheorien. Prägnant benenne der Papst die Ursachen, die zu dieser weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise geführt hätten. „Papst Benedikt zeigt, dass Wissen und Kompetenz alleine nicht ausreichen, um die große Hoffnung zu bieten, nach der alle Menschen suchen“, sagte Neher. ◀



Foto: Andre Zelck

Eine ausführliche Lesehilfe des Caritaswissenschaftlers Martin Patzek zur neuen Enzyklika und zu ihrem Echo in den Medien und in der Caritas unter www.caritas-nrw.de

Pilotprojekt für polnische Haushaltshilfen

Caritas Paderborn und Caritas Polen vereinbaren Zusammenarbeit

Die Unterstützung polnischer Betreuungshilfen in deutschen Haushalten steht im Mittelpunkt einer deutschlandweit bislang einmaligen Kooperation der Caritas im Erzbistum Paderborn und der nationalen Caritas Polens. Beide Verbände wollten „das schutzwürdige Interesse der in Deutschland arbeitenden Frauen und ihrer Heimatfamilien“ sichern, heißt es in einem jüngst geschlossenen Abkommen.

Es sieht für die polnischen Kräfte rechtliche und fachliche Beratungen, Sprachkurse und eine soziale Begleitung ihrer Familien während des Auslandseinsatzes vor. Der Vertrag wurde vom Vorsitzenden des Paderborner Caritasverbands, Weihbischof Manfred Grothe, und dem polnischen Caritasdirektor Prälät Marian Subocz unterzeichnet. Die Kooperationspartner wollten erreichen, „dass ein qualitätsgesicherter Einsatz polnischer Haushalts- und Betreuungshilfen legal und unter würdigen Rahmenbedingungen erfolgen kann“, hieß es weiter. Dazu würden zukünftig auch in Deutschland Haushalte über Möglichkeiten einer legalen Beschäftigung polnischer Hilfskräfte informiert. Die Caritasverbände im Erzbistum stellten auch Kontakte zu interessierten Frauen in Polen her.

Die Vermittlung erfolge jedoch weiterhin über die Bundesagentur für Arbeit. Darüber hinaus würden die polnischen Hilfen bei ihrem Einsatz hierzulande begleitet und bei Bedarf durch professionelle Pflegedienste der Caritas unterstützt. Polnische Betreuungshilfen arbeiten den Angaben der Caritas zufolge häufig illegal in Deutschland. Die zumeist weiblichen Arbeitskräfte werden überwiegend zur Pflege alter Menschen eingesetzt, wo Familienangehörige das nicht leisten können. Für viele Polinnen sei diese Erwerbsform oft die einzige Möglichkeit, zur Existenzsicherung ihrer Familien beizutragen. Das Abkommen sehe auch eine Unterstützung der Familien vor, um etwa zu vermeiden, dass Kinder durch die Abwesenheit ihrer Mutter vernachlässigt würden. ◀ *KNA*

Der Bedarf nach Nothilfe steigt weiter

Essen – Erstmals begingen die Vereinten Nationen am 19. August den „Welttag der humanitären Hilfe“. Zu Recht, so die Caritas Essen, die eine Wende zur Humanität forderte. Immer mehr Menschen seien auf humanitäre Hilfe angewiesen. Ursachen dafür sind die Verknappung und Verteuerung von Grundnahrungsmitteln, der Kampf um knapper werdende Wasserressourcen, eine besorgniserregende Zunahme von Naturkatastrophen als Folge des Klimawandels, Kriege und Bürgerkriege sowie die internationale Finanzmarktkrise. Voraussichtlich noch in diesem Jahr werde die Zahl der Hungernden auf eine Milliarde Menschen ansteigen. Die allermeisten Katastrophen seien jedoch von Menschen gemacht und damit vermeidbar. „Wir fordern eine ernsthafte Klimaschutzpolitik der Industriestaaten und finanzielle Unterstützung bei der Katastrophenvorsorge in den ärmsten Ländern“, sagte Rudi Löffelsend, Leiter der Auslandshilfe der Caritas im Ruhrbistum. ◀ *cde*